

Zivilcourage

Wir wollen das konstruktive Zusammenleben aller Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – noch wirksamer gestalten, indem wir

- eine Kultur der Anerkennung etablieren und
- Rassismus und Diskriminierung bekämpfen.

Seit es auch in Mülheim an der Ruhr Anfang der 1990er Jahre – wie in verschiedenen deutschen Städten – einen gravierenden ausländerfeindlichen Übergriff gab, der einem Menschen das Leben kostete, hat sich hier eine besondere Sensibilisierung für ein besseres Miteinander der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen entwickelt¹³.

Zunächst wurde 1993 ein „Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit“ einberufen, der später zur „Mülheimer Initiative für Toleranz“ wurde, die bis heute aktiv daran mitwirkt, ein anderes Selbstverständnis, das Bild von „Mülheim als offener Stadt“, in der Mehrheit der Stadtgesellschaft aufzubauen.

Die Mülheimer Initiative für Toleranz – M.I.T. – ist die größte bürgerschaftliche Vereinigung in unserer Stadt. Die M.I.T. thematisiert das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen sowie von Menschen mit

¹³ Text enthält Auszüge aus der Rede der Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld anlässlich der Gedenkfeier zum 20. Todestag von Mustafa Demirel am 9.3.2013 in Mülheim an der Ruhr.



Buchenwald-Gedenkstättenfahrt mit Jugendlichen aus Mülheim an der Ruhr

unterschiedlicher Sprache und Religion und führt in Kooperation mit dem städtischen Agendabüro Projekte durch, die das friedliche und interessierte Zusammenleben von Menschen aus allen Kulturkreisen in unserer Stadt fördern (AndersSein bereichert).

Die Stadt Mülheim an der Ruhr ist 2004 der „Charta für Menschenrechte in den Städten“ beigetreten.

Es hat in den vergangenen Jahren viele Veranstaltungen und Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit, Hass, Gewalt und strukturelle Ungerechtigkeit gegenüber Mülheimern ausländischer Herkunft gegeben. Wir haben Stolpersteine verlegt und erinnern unter großer Anteilnahme auch gerade der jüngeren Bevölkerung jedes Jahr am 9. November an die Pogromnacht 1938, in der auch in Mülheim Rassismus und Menschenverachtung einen beschämenden Höhepunkt erreichten.

Der Integrationsrat verleiht seit 1999 regelmäßig seinen „Förderpreis für ein gedeihliches Miteinander und gegenseitige Integration“. 2003 wurde, als ein Ergebnis des bürgerschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die sogenannte Friedenstreppe eingeweiht. Wer sie emporsteigt, liest Friedenswünsche in rund 50 Sprachen. In vielen Sprachen bedeutet „Frieden“ oft „Frieden und Gerechtigkeit“.

Die Mülheimer Zivilgesellschaft hat sich der Herausforderung der Thematik aktiv angenommen und verfolgt sie mit vielen kreativen und nachhaltigen Aktionen. Dazu gehört das „Aufstehen“ gegen rechtsradikale, neofaschistische Veranstaltungsversuche in Mülheim, wie zum Beispiel am 26. März 2010 an der Fatih-Moschee in der Sandstraße oder am 11. März 2013 an einer Flüchtlingsunterkunft in Mülheim-Speldorf und wann immer derartig unerfreuliche Anlässe dies erforderlich machen.

Wir erkennen besonders in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine gute Möglichkeit, Zivilcourage zu stärken. Beispielhaft hierfür stehen, neben den Angeboten der öffentlichen und verbandlichen Jugendarbeit, die internationalen Städtepartnerschaften, ebenso wie die Beteiligung Mülheimer Schulen am Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sowie eine Reihe spezifischer Projekte, wie zum Beispiel das „Abenteuer Eppinghofen“ (eine geführte Stadtteilexkursion entlang der multikulturell geprägten Eppinghofer Straße).

Politische Partizipation

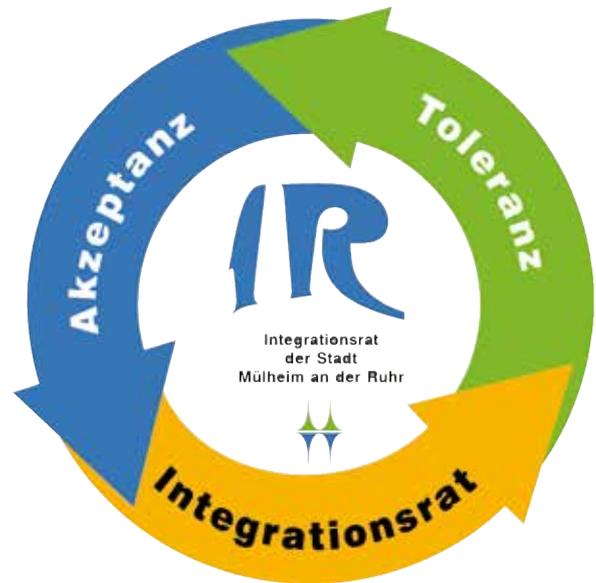
Jede Stadt, so auch Mülheim an der Ruhr, ist auf die Beteiligung aller Bürger für eine lebendige Stadtgesellschaft angewiesen. Dazu zählen selbstverständlich auch die Migranten, die in Sport-, und Kulturvereinen aktiv sind und sich vielfältig am Stadt(teil)leben beteiligen. Dabei sind die Migrantenselbstorganisationen¹⁴ mittlerweile ein unverzichtbarer Partner in wesentlichen Bereichen des Lebens. Im Bildungsbereich haben beispielsweise acht Migrantenselbstorganisationen die „Erklärung der Bildungspartnerschaften“ mit weiteren Akteuren aus Bildungs- und Sozialeinrichtungen zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern unterzeichnet.¹⁵

¹⁴ Anfrage beim Integrationsrat. Es gibt leider keine verlässlichen Zahlen. Es sind 21 Vereine bekannt, die im Rahmen der Zuschüsse berücksichtigt werden können.

¹⁵ Stand März 2013

Sie beteiligen sich an zahlreichen Veranstaltungen zu unterschiedlichsten Themen. Vier Moscheevereine in Mülheim an der Ruhr haben sich zum „Interkulturellen Elternverein e.V.“ zusammengeschlossen, der regelmäßig als Kooperationspartner in Erscheinung tritt.

Allerdings braucht es neben diesem bürgerschaftlichen Engagement eine echte politische Partizipation, damit besondere Belange von Migranten berücksichtigt werden können.



Ohne die deutsche Staatsbürgerschaft ist die politische Teilhabe begrenzt. Zwar können EU-Angehörige in der Regel an den Kommunalwahlen teilnehmen, doch die Anzahl derjenigen aus nicht EU-Ländern bleibt beträchtlich groß. Für sie gibt es vor allem die Möglichkeit über den Integrationsrat Einfluss auf das politische Geschehen in Mülheim an der Ruhr zu nehmen.

Damit die geringe Repräsentation nicht zu einem Vertrauensverlust von in Mülheim lebenden Migranten gegenüber den kommunalen Vertretungen führt, braucht es eine stärkere Vertretung von Migranten im Stadtrat, weil der Zugang zu politischen Entscheidungen auch ein Gradmesser für Chancengleichheit ist, wie das Max-Planck-Institut in der Studie „Vielfalt sucht Rat“ mit der Heinrich-Böll-Stiftung feststellt.¹⁶

Eine stärkere politische Partizipation von Migranten setzt politische Bildung voraus. Hierbei kommt den Migrantenselbstorganisationen eine besondere Bedeutung als Vermittler zu, der sie aufgrund ehrenamtlicher Strukturen oftmals nicht hinreichend nachgehen können, obwohl sie diese Aufgabe für sich durchaus erkennen. Während einer Seminarreihe zur „Professionalisierung von Migrantenselbstorganisationen“, im Rahmen eines ExWoSt-Projektes im Jahre 2011, wurde dies deutlich. Deshalb müssen zukünftig die relevanten Informationen zur Verwaltungsstruktur und zu politischen Teilhabemöglichkeiten in der Stadt für Migranten und ihre Organisationen niedrigschwelliger aufbereitet und vermittelt werden.

16 *Vielfalt sucht Rat – Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Eine Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. In Band 27 der Reihe Demokratie, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2011*